

# Stabiles Fundament für Hilfe in der Not

Aufgrund von Naturkatastrophen, Kriegen und anderen Krisen benötigen Millionen von Menschen weltweit humanitäre Hilfe. Diese steht ihrerseits vor wachsenden Herausforderungen, auch aufgrund massiver werdender Klimawandelfolgen.

Sarah Kleiner

Überschwemmungen, Bürgerkriege, Fluchtbewegungen, Hungersnöte – und immer wieder die Frage: Wie soll Österreich auf globale Krisen reagieren? Mit einer wachsenden Anzahl an Krisenherden gerät vor allem die humanitäre Hilfe unter Druck. Beim sechsten Humanitarian Congress an der Universität Wien trafen Vertreter des Roten Kreuzes, von Ärzte ohne Grenzen, des WWF und anderer ziviler Organisationen zusammen und diskutierten über aktuelle Herausforderungen der humanitären Hilfe sowie über „vergessene Krisen“ und die Auswirkungen des Klimawandels.

„Dieser Kongress kommt genau rechtzeitig“, sagte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler in ihrer Eröffnungsrede. Nur kurz zuvor zeigte das Bootsunglück vor der griechischen Küste, bei dem hunderte Geflüchtete ums Leben kamen, die tragischen Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik auf. „Die Krisen, die wir sehen, sind tiefgehend miteinander verbunden“, sagte Gewessler. „Der Klimawandel ist ein Multiplikator für humanitäre Bedrohungen, und es ist unerlässlich, an allen Fronten Aktionen zu setzen, um eine nachhaltige, würdevolle, gerechte Zukunft für alle zu ermöglichen.“

Bei knapp 340 Millionen Menschen, die laut der UN weltweit auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, stehen die Organisationen vor dem Problem, diese zu finanzieren. Die Gelder des österreichischen Foreign Disaster Relief Fund (FDRF), des bedeutendsten Finanzinstruments in dem Bereich, wurden in den vergangenen Jahren konstant erhöht, auf 109 Millionen Euro im Jahr 2022. Dennoch wird von vielen Organisationen eine Finanzierungslücke beklagt, private Spenden seien aufgrund der wirtschaftlichen Lage teilweise rückläufig.

Gewessler betonte, dass das Klimaschutzministerium bis 2026 zusätzlich 220 Millionen Euro (insgesamt 340 Millionen) für internationale Klimafinanzierung zur Verfügung stellt. 50 Millionen Euro davon fließen in den „Loss and Damage Fund“, der vor allem den Ländern des globalen Südens bei der Bewäl-

tigung von Umweltschäden zugutekommen soll. Zum Vergleich: Allein die Flutkatastrophe in Pakistan vergangenen Herbst hat Schäden in Höhe von mehr als zehn Milliarden US-Dollar verursacht.

## Die Rolle der Medien

Die Frage, wie diese Hilfsgelder möglichst effizient genutzt werden können, birgt einige statistische Schwierigkeiten, wie eine Studie des Amts der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) festhielt. Unzureichendes Datenmaterial über die Anzahl Betroffener, Lücken in der Reaktionskapazität vor Ort und unterschiedliche Ansichten darüber, was als Bedarf betrachtet wird und wer dafür verantwortlich ist, erschweren ein qualitatives Assessment. Die Empfehlungen der Studie adressieren vor allem die nationale

und internationale Zusammenarbeit von humanitären Akteuren. Feedback-Mechanismen und eine Datenerhebung zu Bedürfnissen und Prioritäten Betroffener sollten von diesen etabliert und die Ergebnisse geteilt werden.

Was in den Studien und den unterschiedlichen Diskussionsrunden deutlich wird, ist, dass es neue Finanzierungsstrukturen braucht. Gelder sollten nicht unbedingt zweckgebunden an Organisationen gehen, um größtmögliche Flexibilität beim Einsatz zu ermöglichen, wie auch Ariane Bauer, Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, hervorstreicht. Mehrjährige Finanzierungsmodelle sollten forciert werden, damit Planungssicherheit entsteht und auch langjährige Krisen bewältigt werden können. Ein weiterer Schlüsselfaktor sei die

Unterstützung von lokalen Organisationen in den Krisenländern. „Sie sind effizienter, kennen den Kontext von Krisen und haben bereits soziale Netzwerke“, sagte Joyce Msuya vom UN-Amt OCHA. Aufgabe der Medien sei es wiederum, „vergessene Krisen“ stärker zu beleuchten, wie etwa die Situation im Jemen, Sudan oder in Afghanistan.

Auch die finanziellen Mittel, die für eine humanitäre Krise bereitgestellt werden, werden durch die Medienberichterstattung beeinflusst. Die Universität Edinburgh kam 2021 anhand von qualitativen Interviews mit Entscheidungsträgern, die für Hilfseinsätze verantwortlich zeichneten, zu dem Schluss, dass sich die mediale Aufmerksamkeit vor allem auf humanitäre Notfallzahlungen auswirkt, da ein öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Druck entsteht. Nicht beeinflussen würde sie

aber jährliche staatliche Budgets, die viel größer sind, was vor allem mit mangelnder medialer Aufmerksamkeit begründet wird.

Beim Kongress wiesen mehrere Sprecher auf die Verantwortung von Diplomatie und Politik hin, die Ursachen für Krisen zu beseitigen, sie dürfe nicht auf humanitäre Hilfsorganisationen abgewälzt werden, die ihren Prinzipien nach unparteiisch handeln sollten. „Mehr als 80 Prozent der humanitären Krisen der Welt sind eine direkte Konsequenz von Konflikten“, erklärte Janez Lenarčič, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz. Er verwies auf die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich. Nur drei dieser fünf Länder würden in der Liste der größten Geberländer für humanitäre Hilfe aufscheinen. Vor allem China und Russland liegen in Rankings zurück.

## Wahlen vor Hilfsgeldern

Der EU-Kommissar kam auch auf die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs zu sprechen. Laut den UN-Vorgaben sollten diese jährlich bei 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens liegen. Lenarčič lobt signifikante Verbesserungen, das österreichische Budget wurde kontinuierlich auf aktuell 0,39 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht. Dennoch steht man erst bei der Hälfte der freiwilligen Ziele. „Das 0,7-Prozent-Ziel ist im Regierungsprogramm verankert, aber nächstes Jahr sind Wahlen, bis dahin wird das nicht erreichbar sein“, sagte Peter Huber, Generaldirektor für Entwicklungszusammenarbeit und Ernährungssicherheit vom Außenministerium.

Bianca Ernst, Studentin am Management Center Innsbruck, fasste die während des Kongresses besprochenen Inhalte in einem Schlussplädoyer treffend zusammen, als sie sagte: „Ich denke, da die vulnerablen Bevölkerungsgruppen am meisten von Naturkatastrophen betroffen sind, ist es diese Hilfe, die am meisten gebraucht wird. Wir müssen effizientere Wege finden zu helfen, am besten bereits in früheren Stadien, damit sie nicht so schwer davon getroffen werden.“



Die NGO Open Arms rettet vor der libyschen Küste Flüchtlinge aus Afrika und dem Maghreb. Konflikte und Armut treiben tausende Menschen in die Flucht, viele werden Opfer der Menschenhändlermafia.

Foto: AP / Andoni Lubaki

FORSCHUNG SPEZIAL ist eine entgeltliche Einschaltung in Form einer Medienkooperation mit österreichischen Forschungsinstitutionen. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.